

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Reents und der Fraktion DIE GRÜNEN

Zur Verbreitung eines vertraulichen Informationsdienstes durch die Staatsschutzabteilungen der Länder an die Sicherheitsbehörden des Bundes und ausländische Sicherheitsbehörden

Im Juni 1984 wurde bekannt, daß die Abteilung Staatsschutz der Hamburger Polizei mehrmals wöchentlich nur für den Dienstgebrauch bestimmte Informationsberichte zur Unterrichtung über Ereignisse, die für die Wahrnehmung von Staatsschutzaufgaben von Bedeutung seien, herausgibt und an andere Behörden weitergibt. In diesem Informationsdienst wird z. B. informiert über den störungsfreien Verlauf der 1. Mai-Kundgebung von Gewerkschaften, über eine verhinderte Hausbesetzung und über die geringe Beteiligung an einer Frauenveranstaltung zur Walpurgisnacht.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Von welchen Bundesländern erhalten die Sicherheitsbehörden des Bundes regelmäßig solche Informationsberichte, und welche Sicherheitsbehörden des Bundes erhalten diese Informationsberichte?
2. Seit wann erhalten die Sicherheitsbehörden des Bundes diese Berichte, und aus welchem Anlaß wurde deren Versendung aufgenommen?
3. In welche Akten, Sammlungen und Dateien welcher Sicherheitsbehörden des Bundes gehen die in den Informationsberichten der Bundesländer übermittelten Erkenntnisse und Daten ein?
4. In welchem Umfang werden mit diesen Informationsberichten auch personenbezogene Daten übermittelt?
5. Was ist die rechtliche Grundlage für diese Übermittlung personenbezogener Daten?
6. Entspricht diese rechtliche Grundlage den strengen Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht an die Zulässigkeit der Weitergabe personenbezogener Daten stellt (findet insbesondere eine Einzelfallprüfung hinsichtlich der Berechtigung

der Weitergabe jedes einzelnen personenbezogenen Datums statt)?

7. Falls die rechtlichen Anforderungen, die im Volkszählungs-
urteil aufgestellt werden, nicht erfüllt werden, was hat die
Bundesregierung unternommen, um diese dem geltenden
Recht widersprechende Praxis zu ändern?
8. Im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Informations-
bericht der Staatsschutzabteilung Hamburg wurde auch
bekannt, daß auch ausländische Sicherheitsbehörden (insbe-
sondere US-amerikanische, britische und NATO-Stellen)
regelmäßig solche Informationsberichte, auch personenbe-
zogene Daten beinhaltend, von den Staatsschutzabteilungen
der Länder erhalten.

Welches ist nach Ansicht der Bundesregierung die rechtliche
Grundlage für diese Praxis der Weitergabe personenbe-
zogener Daten?

9. Falls die Bundesregierung sich bei der Frage der rechtlichen
Grundlage auf Artikel 3 des Zusatzabkommens zum NATO-
Truppenstatut bezieht, ist die Bundesregierung der Ansicht,
daß eine 1. Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschafts-
bunds, eine Hausbesetzung und eine Frauendemonstration
zur Walpurgisnacht die Sicherheit der betreffenden ausländ-
ischen Staaten berührt und warum?
10. Welche ausländischen Behörden, juristische und private Per-
sonen werden von den Sicherheitsbehörden des Bundes
regelmäßig mit Informationen und personenbezogenen Daten
beliefert, und in welchem Umfang geschieht dies?
11. Was ist die rechtliche Grundlage dafür?
12. Welche personenbezogenen Daten werden an welche Stellen
im einzelnen regelmäßig übermittelt?
13. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß diese Weiter-
gabe von personenbezogenen Daten an ausländische Sicher-
heitsbehörden rechtmäßig ist, insbesondere unter Berücksich-
tigung der Anforderungen des Urteils des Bundesverfas-
sungsgerichts und der Tatsache, daß es keine Möglichkeiten
gibt, die Verwendung von Daten, die den Geltungsbereich
der deutschen Gesetze verlassen, nachzuprüfen und zu
kontrollieren?

Ist insbesondere die Forderung des Bundesverfassungs-
gerichts nach einem amtshilfefesten Schutz gegen Zweck-
entfremdung durch Weitergabe- und Verwertungsverbote
erfüllt?

14. Hat die Bundesregierung ihre Praxis der Datenweitergabe an
ausländische Behörden nach Erlaß des Urteils des Bundes-
verfassungsgerichts zur Volkszählung geändert, und wenn ja,
wie?
15. Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Weise die über-
mittelten personenbezogenen Daten und andere Informatio-

nen von den ausländischen Behörden (insbesondere der Türkei) weiterverarbeitet werden, insbesondere an welche Stellen sie weitergegeben, wo sie gespeichert und zu welchem Zweck sie verwendet werden?

16. Werden die von Ausländern bei der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland erhobenen Daten an ausländische Behörden weitergegeben, und wenn ja, welche Daten werden weitergegeben und an welche Stellen?
17. Ist die Bundesregierung auch der Ansicht, daß zum Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, welches für alle gilt (Deutsche und Ausländer), die Weitergabe von personenbezogenen Daten an ausländische Behörden generell rechtswidrig ist wegen der Unkontrollierbarkeit der Datenverarbeitung ausländischer Behörden?
18. Wenn nicht, wie schützt die Bundesregierung bei der Weitergabe von personenbezogenen Daten an ausländische Behörden die Betroffenen vor rechtswidrigem Gebrauch?

Bonn, den 30. August 1984

Reents

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

